

Forderungen

Fridays for Future Olpe

an die Kommunalpolitik





Widmung

Diese Forderungen richten sich, je nach Zuständigkeit und Kompetenz, an den Rat der Stadt Olpe, den derzeitigen Bürgermeister sowie alle folgenden Bürgermeister*innen, den Kreis Olpe, sowie den derzeit amtierenden, sowie alle nachfolgenden Landräte. Als überparteiliche Bewegung sprechen wir jede Partei und jede*n Vertreter*in einer Partei sowie parteilose Abgeordnete der Stadt und des Kreises an. Uns ist bewusst, dass sich nicht alle Forderungen auf die Kompetenzen beider Instanzen beziehen. In diesem Falle ist Forderung auf die befugte Instanz bezogen.

Vision

Die Fridays for Future Ortsgruppe Olpe arbeitet auf konkrete Ziele hin, bei denen die Klimaneutralität bis 2035 der Stadt Olpe und des Kreises an erster Stelle steht. Dafür ist eine erneuerbare Energieversorgung von 100% bis 2030, die die Kommune und den Kreis energieautark macht, sowie die sinnvolle Integration von Power to X-Techniken unabdingbar. Des Weiteren steht dem eine massive Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs zugrunde, dessen Antriebsformen ausschließlich klimaneutral sind. Zusätzlich dazu muss die Bevölkerung für die Wichtigkeit aller notwendigen Maßnahmen sensibilisiert werden und eine verstärkte Innenstadtbegrünung, auch durch Parkanlagen, vorgenommen werden. Der Kreis spielt zusätzlich dazu eine verbindende Rolle, die zwischen den Olper Kommunen vermittelt.

Präambel

Die Klimakrise stellt die größte Bedrohung für Menschheit und Ökosysteme im 21. Jahrhundert dar. Während das Pariser Klimaabkommen eine maximale Erderwärmung von höchstens 1,5°C vorsieht, steuert die aktuelle Klimapolitik Deutschlands auf eine Erwärmung von über 3°C zu. Die aus dem Klimawandel resultierenden Folgen, wie die Häufung extremer Wetterereignisse und das Artensterben, stellen bereits heute eine reale Bedrohung für uns alle dar. Besonders der globale Süden ist sehr vulnerabel, aber kaum verantwortlich, während der globale Norden die geringste Vulnerabilität, aber die höchsten CO₂-Emissionen aufweist. Hier wird die Verantwortlichkeit Deutschlands im globalen Kontext in der Frage nach Gerechtigkeit und Schadensersatz deutlich. Während wir auf die Kippunkte des Klimawandels zusteuern und mittlerweile auch die ersten dieser erreicht haben, sind wir die erste Generation, die die Folgen der Erderwärmung massiv spüren und gleichzeitig auch die letzten, die sie aufhalten können. In dieser schwierigen Zeit, die über die gesamte Zukunft der Menschheit entscheiden wird, müssen wir alle am selben Strang ziehen.

Auch im Angesicht des am 28.02.2022 erschienenen 6. IPCC-Berichts des Weltklimarats wird die Dringlichkeit des 1,5°C-Ziels deutlich: Dieser Report sollte als Ultimatum und Weckruf für jetzt umzusetzende soziale und ökonomische Maßnahmen für Regierungen gelten. Klimawissenschaftliche Grundlagen über die Ursachen und der Folgen des anthropogenen Klimawandels sind mittlerweile längst indisputabel - statt einer



wissenschaftlichen Debatte braucht es vielmehr politische Entscheidungen in jeglichen Sektoren und eine Ausarbeitung von gleichzeitiger Prävention und Anpassungsstrategien an die teilweise schon irreversiblen Folgen des Klimawandels.

Die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise zu ergreifen, nimmt Städte im besonderen Maße in die Verantwortung, denn sie sind weltweit für einen großen Teil der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Rund 75% des Energie- und Ressourcenbedarfs entfallen global auf Ballungszentren. Durch die fortschreitende Urbanisierung wird sich dieser Anteil in Zukunft noch erhöhen. Mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens haben sich fast alle Länder dazu verpflichtet, die Erderwärmung bei deutlich unter 2 Grad zu stoppen und Anstrengungen zu unternehmen, das 1,5°-Ziel zu erreichen - so auch Deutschland. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigen seitdem immer deutlicher, welche dramatischen Folgen das Überschreiten von 1,5 Grad Erwärmung für uns und unseren Planeten hätte. Es herrscht ein breiter wissenschaftlicher Konsens zu der konkreten Bedrohung durch die globalen Veränderungen und die Dringlichkeit zu schnellem Handeln. Deshalb sehen wir als Fridays for Future Olpe die konsequente Umsetzung der bundesweiten Forderungen von Fridays For Future als essenziell an.

Wir betonen, dass gerade auch Kommunalpolitiker*innen die Einhaltung dieser Grenze und die Umsetzung der bundesweiten Forderungen auf allen politischen Ebenen mit größter Entschlossenheit vorantreiben müssen. Um die Klimakatastrophe zu verhindern, erfordert es insbesondere auch auf Kommunalebene weitreichende Veränderungen sowie die Ausrichtung aller städtischen Sektoren auf Nachhaltigkeit. Ein nachhaltiger Umgang mit unserem Planeten und den Ökosystemen muss Teil unserer Gesellschaft, unserer Kultur und unserer Wirtschaft werden. Daher fordern wir die Stadt und den Kreis dazu auf, unverzüglich wissenschaftlich anerkannte, effektive Maßnahmen zu ergreifen, um den Klimawandel zu stoppen und die Lebensgrundlage künftiger Generationen nach Artikel 20a GG zu schützen. Die Stadt und der Kreis setzen sich auf allen politischen Ebenen für die Einhaltung des 1,5- Ziels und die Erfüllung der bundesweiten Forderungen von Fridays For Future ein. Fridays For Future Olpe fordert den Rat der Stadt Olpe und des Kreises Olpe dazu auf, die Klimakrise als solche zu benennen und infolgedessen den Klimanotstand auszurufen. In diesem symbolischen Akt verpflichtet sich die Stadt Olpe, sowie der Kreis dazu, sofortige Handlungsinitiativen auf allen lokalen Politikfeldern zu ergreifen. Noch haben wir die Chance und damit die Verantwortung, eine Klimakatastrophe abzuwenden. Für den notwendigen Wandel müssen sektorenübergreifend grundlegende Veränderungen stattfinden. Vor allem in den Sektoren Energieversorgung, Mobilität, Stadtbegrünung, Wirtschaft sowie Ernährung können Kreis und Stadt steuernd eingreifen. Hier ist großes Engagement von Nöten. Das wirtschaftliche Handeln darf nicht weiterhin planetare Grenzen überschreiten. Im Anschluss werden Maßnahmen aus den oben genannten Sektoren aufgeführt.

